



---

**30. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses**  
**Gremium:** Jugendhilfeausschuss  
**Sitzungstermin:** Donnerstag, 27.10.2011, 16:30 Uhr  
**Ort, Raum:** Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str.  
79/81

---

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.09.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Bericht der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Richtlinie über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Kindertagestätten in freier Trägerschaft in der Landeshauptstadt Potsdam (Kita-Finanzierungsrichtlinie-KitaFR)  
**11/SVV/0717**  
Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie  
**JHA (ff)**  
**- Wiedervorlage -**
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Evaluation der Einführung von Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen für die offene Kinder- und Jugendarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam  
**11/SVV/0776**  
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 6 Sonstiges



## Niederschrift 30. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 27.10.2011
<b>Sitzungsbeginn:</b>	16:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:45 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

---

### **Ausschussvorsitzender**

Frau Dr. Sigrid Müller

DIE LINKE

Sitzungsleitung

### **Ausschussmitglieder**

Frau Birgit Morgenroth

SPD

anwesend ab 16:34 Uhr

Herr Claus Wartenberg

SPD

anwesend ab 17:18 Uhr

Herr Hans-Wilhelm Dünn

CDU

anwesend bis 17:45 Uhr

Herr Kevin Lücke

FDP

Frau Frauke Frehse-Sevran

anerkannter freier Träger

Frau Heiderose Gerber

anerkannter freier Träger

Herr Dirk Harder

anerkannter freier Träger

anwesend von 16:37 Uhr bis ca.  
19:15 Uhr

Herr Dr. Lutz Henrich

anerkannter freier Träger

Herr Marcel Kankarowitsch

anerkannter freier Träger

Teilnahme bis 19:00 Uhr

Herr Thomas Liebe

anerkannter freier Träger

### **stellv. Ausschussmitglieder**

Herr Stefan Wollenberg

DIE LINKE

anwesend ab 17:37 Uhr

Frau Birgit Eifler

Bündnis 90/Die Grünen

### **beratende Mitglieder**

Herr Christoph Dähnrich

Kath. Kirche

Frau Angelika Groß

Gesundheitsamt

Herr Frank Lehmann

Schulamt

Herr Jochen Reinke

Evang. Kirche

Herr Roland Sima

Kreiselterrat

Herr Norbert Schweers

FBL Kinder, Jugend  
und Familie

### **Beigeordnete**

Frau Elona Müller-Preinesberger

Beigeordnete Soziales,  
Jugend, Gesundheit

### **Nicht anwesend sind:**

#### **Ausschussmitglieder**

Herr Jens Gruschka

DIE LINKE

entschuldigt

Frau Jana Schulze

DIE LINKE

entschuldigt

Herr Frank Otto

Bündnis 90/Die Grünen

entschuldigt

Frau Jutta Busch

BürgerBündnis

entschuldigt

## **beratende Mitglieder**

Frau Renate Michael	Polizeibehörde	entschuldigt
Herr Steffen Müller	Stadtsportbund	entschuldigt
Frau Christiane Ohlert	Schulamt	entschuldigt
Frau Ganna Razu	Jüd. Gemeinde	entschuldigt
Frau Martina Trauth-Koschnik		entschuldigt
Herr Michael Aßmann	Migrantenbeirat	entschuldigt
Herr David Driese	Humanistischer Verband Deutschlands	entschuldigt

## **Gäste**

Frau Helga Hübner	stellv. Ausschussmitglied
Herr Bodo Ströber	AG Hilfen zur Erziehung
Herr Rüdiger Schmolke	AK Suchtprävention
Frau Bettina Stobbe	AG Kita
Herr Tinko Jäckel	AKKJ
Frau Charlotte Große	BIUF e.V. – KORUS-Beratung
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.09.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Bericht der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Richtlinie über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Kindertagestätten in freier Trägerschaft in der Landeshauptstadt Potsdam (Kita-Finanzierungsrichtlinie-KitaFR)  
Vorlage: 11/SVV/0717  
Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie  
JHA (ff)  
- Wiedervorlage -
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Evaluation der Einführung von Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen für die offene Kinder- und Jugendarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 11/SVV/0776  
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 6 Sonstiges

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Sigrid Müller.

Sie begrüßt die neuen Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, Herrn Roland Sima als Vertreter des Kreiselterrates und Herrn Jochen Reinke als Vertreter des Evangelischen Kirchenkreises Potsdam.

#### zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.09.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Dr. Müller stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

##### **Abstimmung zur Niederschrift vom 22.09.2011**

Zur Niederschrift gibt es keine Anmerkungen.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

*Der Niederschrift wird zugestimmt.*

##### **Abstimmung zur Tagesordnung:**

Herr Jäckel (AKKJ) kündigt an, dass sich der AKKJ nicht zum Tagesordnungspunkt 3 „Bericht der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII“, sondern zum Tagesordnungspunkt 5.1 „Evaluation der Einführung von Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen für die offene Kinder- und Jugendarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam“ äußern wird.

Frau Dr. Müller schlägt vor, aus gegebenem Anlass die Tagesordnung um einen nicht öffentlichen Tagesordnungspunkt zu erweitern.

Da es keine weiteren Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt, bittet Frau Dr. Müller um Abstimmung über die so erweiterte Tagesordnung.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

*Der Tagesordnung wird zugestimmt.*

**Sachstand Bildungs- und Teilhabepaket**

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass im Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt bisher (Stichtag 24.10.2011) 2.899 Anträge auf 5.973 Leistungen eingegangen sind. Ausgehend von ca. 5.200 Leistungsberechtigten entspricht das einer Quote von 55,8 %. Die eingehenden Anträge werden weiterhin für Auswertungszwecke gelistet und nach Antragseingang bearbeitet.

Bisher konnten 2.486 leistungsberechtigte im Fachverfahren erfasst und bearbeitet werden. Weitere 413 sind durch die Mitarbeiter noch zu erfassen. Es wurden bisher 465.293,28 € zur Zahlung angewiesen. 43 Anträge wurden bisher abgelehnt. Es sind 5 Widersprüche eingegangen, wovon 2 noch in Bearbeitung sind und in 3 Fällen abgeholfen wurde.

Ab 01.11.2011 werden auch die Leistungen für Schülerspeisung und Fahrkosten durch den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt erbracht.

Es wird auch weiterhin für die Antragstellung geworben.

Frau Müller-Preinesberger bietet an, die Auflistung über die Verteilung der BuT-Leistungsarten als Anlage zum Protokoll auszureichen.

Herr Schweers teilt mit, dass für Sozialarbeit an Schulen für 2012 und 2013 jeweils ca. 650.000 Euro für spezielle Projekte aus dem Bildungs- und Teilhabepaket ausgereicht werden sollen.

Des Weiteren informiert er, dass die anteiligen Mittel zur Förderung des Projektes Mädchenarbeit für den Zeitraum Oktober bis Dezember 2011 mit 10.000 Euro gefördert wird.

Frau Dr. Müller ergänzt, dass das Projekt auch 2012 gefördert wird.

Herr Ströber macht deutlich, dass er der Presse entnommen hat, dass der Jugendamtsleiter dafür plädiert, dass Schulsozialarbeiter in Jugendklubs angesiedelt werden sollen. Er weist darauf hin, dass dies nicht dem Tenor der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses entspricht.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass dazu im Bericht des Unterausschusses Jugendhilfeplanung etwas gesagt wird.

Herr Ströber fragt, ob er davon ausgehen kann, dass es derzeit keine Verabredung mit freien Trägern zur Schulsozialarbeit gibt.

Herr Schweers bestätigt dies.

Herr Ströber weist darauf hin, dass es ein Treffen des Deutschen Städtetages und der Freien Hansestadt Hamburg in Berlin zum Thema Abschaffung des Rechtsanspruchs auf Hilfen zur Erziehung gab. Er fragt, ob dazu Informationen vorliegen.

Herr Schweers informiert, dass er an einer Sitzung des zum Deutschen Städtetag in Nürnberg teilnehmen wird. Er macht deutlich, dass auch dort Hilfen zur Erziehung thematisiert werden.

**zu 3 Bericht der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII**

**Unterausschuss Jugendhilfeplanung**

Herr Liebe informiert, dass der Unterausschuss Jugendhilfeplanung am 18.10.2011 getagt hat. Der Unterausschuss hat sich u.a. mit der Schulsozialarbeit und der Kita-Finanzierungsrichtlinie befasst. Bezüglich der Schulsozialarbeit sieht sich der Unterausschuss als Unterstützer in der Auseinandersetzung. Zur nächsten Sitzung des Unterausschusses soll Herr Dörnbrack (Staatliches Schulamt) eingeladen werden, um die Diskussion zunächst im kleineren Rahmen zu führen. Der Unterausschuss folgt dem Auftrag des Jugendhilfeausschusses, ein Verfahren zum weiteren Umgang mit dem Arbeitsfeld Schulsozialarbeit vorzuschlagen.

**Regionale AG 1**

Herr Liebe informiert, dass sich die Regionale AG 1 darüber verständigt hat, wie ein gegenseitiger Austausch zwischen den Trägern erfolgen kann. Die Regionale AG 1 möchte in die Diskussion über die bisher durchgeführten Evaluationen treten, um anzuregen, dass über deren Ergebnisse nachgedacht wird.

Frau Dr. Müller fragt, ob es bereits Überlegungen gibt, wer sich dieser Aufgabe dann stellen soll.

Herr Liebe erklärt, dass sich die Regionale AG 1 mit den Ergebnissen für die Region auseinandersetzen möchte, um dann zu sehen, welche übergreifenden Möglichkeiten es gibt, um die Qualität zu verbessern.

**AG Suchtprävention**

Herr Schmolke informiert, dass sich die AG Suchtprävention gemeinsam mit der Suchtberatungsstelle der AWO mit dem Thema Mediensucht auseinandergesetzt hat. Es sollen ab sofort Medientrainings für Eltern angeboten werden. Des Weiteren wurde mit der Sozialplanerin ein Gespräch zum Suchtkonzept geführt. Das Suchtkonzept soll mit externer Begleitung fortgeschrieben werden.

**zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 4.1 Richtlinie über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Kindertagesstätten in freier Trägerschaft in der Landeshauptstadt Potsdam (Kita-Finanzierungsrichtlinie-KitaFR)**

**Vorlage: 11/SVV/0717**

Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

JHA (ff)

- Wiedervorlage -

Frau Dr. Müller erinnert daran, dass die Drucksache bereits im Jugendhilfeausschuss am 22.09.2011 eingebracht und beraten wurde.

Herr Schweers informiert, dass der Finanzausschuss sich mit der Drucksache befasst hat, aber kein Votum abgegeben hat, da das Votum des JHA noch nicht vorliegt.

Des Weiteren macht er deutlich, dass sich die Verwaltung bisher nicht mit dem durch die Kleinen Liga beauftragte Gutachten zur Kita-Finanzierungsrichtlinie

befassen könnte, da ihr dieses noch immer nicht vorliegt.

Anhand einer Folie erörtert er die Finanzierungssystematik nach aktueller Kita-Finanzierungsrichtlinie.

Frau Dr. Müller informiert über ein Schreiben der Liga der Spitzenverbände zum Beschluss zur Weiterentwicklung der Kita-Finanzierungsrichtlinie Potsdam.

Sie verliest den Beschlussvorschlag:

*„Die Liga befürwortet als Finanzierungsregelung für die Kitas in der Landeshauptstadt Potsdam für 2012*

- 1. eine Beibehaltung der bestehenden Richtlinie einschließlich ihrer Nebenleistungen (Eingewöhnungspauschale, Qualitätszuschuss);*
- 2. die Einführung der zusätzlichen Finanzierung für die Versorgungsleistungen Frühstück und Vesper in Höhe von 75,00 EUR pro Kind und Jahr insgesamt.*
- 3. Für das Jahr 2013 ff. soll im Jahr 2012 eine völlig neue Richtlinie erarbeitet und verhandelt werden. Ziel dabei soll es sein, eine differenzierte Festbetragsfinanzierung je Leistung zu erlangen und somit Planungssicherheit für die Landeshauptstadt Potsdam wie für die Träger herzustellen.*

*Sollte sich die Stadt mit diesem Vorgehen einverstanden erklären, wird die Liga den angeschlossenen Trägern empfehlen, auf eine Individualfinanzierung weitgehend zu verzichten.“*

Herr Liebe macht als Vertreter der Träger deutlich, dass sich der Jugendhilfeausschuss zu den Qualitätsstandards bekennen und deren Einführung fordern soll.

Herr Kankarowitsch spricht sich dafür aus, die von der Verwaltung vorgelegte Drucksache nicht zum Beschluss zu empfehlen. Für 2012 sollte ein gemeinsamer Zwischenschritt verabredet werden. Er empfiehlt, dem Vorschlag der Kleinen Liga zuzustimmen.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass die komplette Aufnahme der Qualitätsparameter zusätzlich 925.000 Euro zur jetzt bestehenden Richtlinie bedeuten.

Sie bittet um Verständnis, dass die von der Verwaltung vorgelegte Drucksache zur Abstimmung gebracht werden muss.

Herr Liebe macht deutlich, dass es eine jährliche Inflationsrate von 2 % gibt. Dies bedeutet Mehrkosten für die Träger, die ihnen bei geringfügig erhöhten Pauschalen Probleme bringen.

Herr Schweers bestätigt, dass die Erhöhung der Pauschalen um 1,6 % über 6 Jahre erfolgen soll. Dem gegenüber ist widersprüchlich, dass die Träger mit ihrem Anliegen, die bisherige Richtlinie beizubehalten, diese geringe Erhöhung nicht für nötig erachten.

Herr Dr. Henrich fragt, ob es zwingend notwendig ist, heute ein Votum abzugeben.

Frau Dr. Müller bejaht dies mit dem Hinweis, dass es aus ihrer Sicht keinen inhaltlichen Zuwachs bringt, sondern lediglich Zeitverzug bedeutet, wenn die Drucksache vertagt wird.

Sie macht darauf aufmerksam, dass der Jugendhilfeausschuss zwar die Federführung für die Beratung der Beschlussvorlage hat und auf das Votum des Finanzausschusses warten müsste. Sie schlägt aber vor, ein Votum aus Sicht des

fachlich zuständigen Ausschusses abzugeben, um dem Finanzausschuss die Arbeit zu erleichtern.

Herr Liebe beantragt eine kurze Pause, um den Antrag der Kleinen Liga kopieren und an alle Ausschussmitglieder ausreichen zu lassen.

Nach einer kurzen Pause wird der Beschlussvorschlag der Kleinen Liga wird an alle Ausschussmitglieder als Tischvorlage ausgereicht.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass ein Votum zur Vorlage der Verwaltung abgegeben werden muss. Danach muss eine Verständigung zum Vorschlag der Kleinen Liga erfolgen.

Sie schlägt vor, den Vorschlag wie folgt umzuformulieren:

*„Der Jugendhilfeausschuss beschließt als Finanzierungsregelung für die Kitas in der Landeshauptstadt Potsdam für 2012:*

- 1. eine Beibehaltung der bestehenden Richtlinie unter Einbeziehung der Finanzierung der Qualitätsparameter*
  - Eingewöhnungspauschale in Höhe von 150,00 Euro pro Kind*
  - Leitungspauschale von 10 % pro pädagogische Leitungsfreistellung*
  - spezialfachliche Fortbildung des päd. Personals*
- 2. die Einführung der zusätzlichen Finanzierung für die Versorgungsleistungen Frühstück und Vesper in Höhe von 75,00 EUR pro Kind und Jahr insgesamt gemäß Kitagesetz des Landes Brandenburg.*
- 3. Für das Jahr 2013 ff. soll im Jahr 2012 eine völlig neue Richtlinie erarbeitet und verhandelt werden. Ziel dabei soll es sein, eine differenzierte Festbetragsfinanzierung je Leistung zu erlangen und somit Planungssicherheit für die Landeshauptstadt Potsdam wie für die Träger herzustellen.“*

Der Jugendhilfeausschuss lehnt die Drucksache 11/SVV/0717 ab.

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag zur DS 11/SVV/0717.

#### **Änderungsantrag:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt als Finanzierungsregelung für die Kitas in der Landeshauptstadt Potsdam für 2012:

4. eine Beibehaltung der bestehenden Richtlinie unter Einbeziehung der Finanzierung der Qualitätsparameter
  - Eingewöhnungspauschale in Höhe von 150,00 Euro pro Kind
  - Leitungspauschale von 10 % pro pädagogische Leitungsfreistellung
  - spezialfachliche Fortbildung des päd. Personals
5. die Einführung der zusätzlichen Finanzierung für die Versorgungsleistungen Frühstück und Vesper in Höhe von 75,00 EUR pro Kind und Jahr insgesamt gemäß Kitagesetz des Landes Brandenburg.
6. Für das Jahr 2013 ff. soll im Jahr 2012 eine völlig neue Richtlinie erarbeitet und verhandelt werden. Ziel dabei soll es sein, eine differenzierte Festbetragsfinanzierung je Leistung zu erlangen und somit Planungssicherheit für die Landeshauptstadt Potsdam wie für die Träger herzustellen.

Zustimmung: 13

Ablehnung 0

Frau Müller-Preinesberger bedauert, dass das Votum des Jugendhilfeausschuss-



ses auf einem Gutachten beruht, dass der Verwaltung bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorliegt.

Frau Dr. Müller bittet diejenigen, die das Gutachten beauftragt haben, dies auch der Verwaltung vorzulegen. Sie weist darauf hin, dass ein gemeinsames Handeln nur möglich ist, wenn der Verwaltung das Gutachten zur Kenntnis gegeben wird.

## **zu 5            Mitteilungen der Verwaltung**

### **zu 5.1        Evaluation der Einführung von Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen für die offene Kinder- und Jugendarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 11/SVV/0776**

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Herr Jäckel (AKKJ) verliest die Stellungnahme des AKKJ zum LQEV-Evaluationsbericht und weist darauf hin, dass diese allen JHA-Mitgliedern als Anlage zum Protokoll zur Verfügung gestellt wird.

Frau Große (BIUF e.V. – KORUS-Beratung) erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation die Entstehung der Evaluation. Dabei geht sie auf die Zielstellungen ein. Sie gibt Erläuterungen zum Prozessverlauf und erörtert die Empfehlungen.

Herr Dr. Henrich äußert sich positiv zum Bericht. Wichtig ist auch, dass darin die eigenständige Durchführung von Projekten durch Kinder und Jugendliche erwähnt wurde.

Die Schlussfolgerung, dass Schulsozialarbeit effektiver erfolgen kann, wenn diese an Jugendklubs angebunden ist, kann er nicht nachvollziehen.

Auch Sport und andere bewegungsorientierte Angebote sollten in solch einem Bericht erwähnt werden, da es auch die anteilig finanzierte Stelle des Jugend-sportkoordinators gibt.

Herr Schweers macht deutlich, dass es in dem Evaluationsbericht Empfehlungen und Kritikpunkte gibt. Er selbst ist mit dem Ergebnis sehr zufrieden. Aus seiner Sicht hat sich in den letzten Jahren die Zusammenarbeit sehr verbessert. Auch die Qualität der Arbeit ist gewachsen.

Frau Große betont, dass die Empfehlungen zur Kooperation von Sozialarbeit in Kinder- und Jugendklubs zu Sozialarbeit an Schulen und Streetwork sehr allgemein formuliert wurden, um eine große Flexibilität zu ermöglichen. Hier sollte genau hingesehen werden, wie die unterschiedlichen Ressourcen in einer Region so gestaltet werden können, dass ein größtmöglicher Nutzen für die Kinder- und Jugendlichen entsteht.

Frau Frehse-Sevran äußert Bedenken, dass die Vision zu schnell geht. Mann sollte sich damit sehr intensiv befassen.

Frau Große macht deutlich, dass es sich lediglich um Visionen handelt, die in den Fachrunden aufgegriffen wurden. Es handelt sich hierbei nicht um Ziele. Darauf folgen noch viele Schritte und ein großer Dialog.

Herr Lehmann spricht in diesem Zusammenhang die Diskussion zur Schulsozialarbeit an, bei der auch die Ergebnisse vorweg schon in den Fachausschüssen diskutiert wurden.

Frau Große macht deutlich, dass dies alles Vorschläge der Fachkräfte sind.

Herr Lehmann bittet, ein Ergebnis für die Landeshauptstadt Potsdam daraus zu ziehen.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass gemeinsam mit den Trägern, dem Jugendhilfeausschuss und der Verwaltung eine Lösung zu finden ist.

Frau Müller-Preinesberger macht darauf aufmerksam, dass mitunter Dinge polarisiert werden müssen, um Veränderungen herbeizuführen. Sie macht auch deutlich, dass die Zusammenarbeit von Schulen und anderen Einrichtungen in einer Region verbessert werden muss. Hier muss gemeinsam nach Möglichkeiten gesucht werden.

Herr Jäckel weist darauf hin, dass sich der AKKJ auf die Quellenangabe bezogen und keine Wertung vorgenommen hat.

Herr Harder bittet darum, sich mit den Ergebnissen ausführlich zu befassen.

Frau Dr. Müller macht darauf aufmerksam, dass hier ein Evaluationsergebnis vorliegt, das nicht beschlossen werden soll. Es wird auch nicht umgehend an der Umsetzung gearbeitet. Es sollte überlegt werden, wie mit dem Vorgelegten jetzt umgegangen werden soll.

Herr Liebe macht deutlich, dass die Strukturen den Bedarfen angepasst werden müssen. Dies muss im Blick behalten werden. Es müssen auch Bedingungen geschaffen werden, um die Arbeit zu verbessern.

Herr Ströber macht deutlich, dass miteinander kooperiert werden muss.

Herr Schweers weist darauf hin, dass der Ausbau von sog. Jugendkompetenzzentren nicht die Vision von Frau Große ist. Dies ist der Klub 18, wie er bereits existiert und wo das bereits gelebte Realität ist.

Herr Ströber macht deutlich, dass die Träger Veränderung wollen, da die Qualitätsveränderung auch nötig ist.

Abschließend weist Frau Dr. Müller darauf hin, dass gemäß der Stellungnahme der Verwaltung auch weiter an diesem Thema gearbeitet wird. Sie dankt Frau Große und den Trägern für die geleistete Arbeit.

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

**zu 6      Sonstiges**

**Nächster Jugendhilfeausschuss: 24. November 2011; 16:30 Uhr**

**Dr. Sigrid Müller**  
**Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra**  
**Schriftführerin**



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

An die Mitglieder

Jugendhilfeausschuss

---

und nachrichtlich an weitere Teilnehmer  
an der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung /  
des Ausschusses

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der unten näher bezeichneten Sitzung lade ich freundlichst ein.

Lfd. Nr. / Bezeichnung der Sitzung <b>30. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses</b>		
Datum <b>27.10.2011</b>	Uhrzeit <b>16:30 Uhr</b>	Sitzungsort <b>Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81</b>

Mit freundlichen Grüßen

---

Vorsitzende/r



**Betreff:**

öffentlich

**Richtlinie über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Kindertagestätten in freier Trägerschaft in der Landeshauptstadt Potsdam (Kita-Finanzierungsrichtlinie-KitaFR)**

Einreicher: GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz	Erstellungsdatum	14.09.2011
	Eingang 902:	14.09.2011

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
28.09.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die „Richtlinie über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Kindertagestätten in freier Trägerschaft in der Landeshauptstadt Potsdam (Kita-Finanzierungsrichtlinie-KitaFR)“ einschließlich der Anlage „Kennziffern und Erläuterungen“ tritt mit Wirkung vom 01.01.2012 in Kraft.
2. Gleichzeitig tritt die KitaFR vom 20.12.2005 (Drucksache 05/SVV/0755) einschließlich der Anlage außer Kraft.

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Siehe Begründung

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

## **Begründung:**

In Umsetzung des haushaltsbegleitenden Beschlusses 2010 (H 4), Drucksache 10/SVV/0052 und in Verbindung mit der Mitteilungsvorlage 11/SVV/0039 vom 26.01.2011 erfolgte eine Neufassung der zur Zeit geltenden Kita- Finanzierungsrichtlinie (KitaFR).

Das Grundprinzip der zur Zeit geltenden Kita – Finanzierungsrichtlinie hat sich bewährt, da die Gewährung von genau definierten pauschalen Zuschüssen sowie die damit verbundene Abrechnung und deren Kontrolle mit Unterstützung einer externen Firma zu einer Kostentransparenz und zum sparsamen und wirtschaftlichen Handeln der Träger sowie zur Einsparung nicht in Anspruch genommener bzw. nicht benötigter finanzieller Mittel geführt hat.

Die vorliegende Neufassung der KitaFR berücksichtigt die bisher im Ergebnis der Prüfungen der Betriebskostenabrechnung gesammelten Erfahrungen sowie die Auswirkungen der Novellierung des KitaGesetzes.

Der Entwurf der Neufassung der KitaFR wurde mit den Trägern der Kindertagesbetreuung beraten und die entsprechenden Anregungen und Hinweise wurden beachtet.

Die Neufassung beinhaltet nachfolgende wesentliche Änderungen zur bisherigen KitaFR:

- Die Übersichtlichkeit und Struktur wurde verbessert.
- Die erforderlichen Mitwirkungspflichten der Träger, einschließlich möglicher Sanktionen bei fehlender Mitwirkung, wurden eindeutiger formuliert.
- Die bisher gewährten pauschalen Zuschüsse wurden auf ihre Zweckmäßigkeit sowie den tatsächlichen Bedarf an Hand detaillierter Betriebskostenabrechnungen geprüft und dem nachgewiesenen Bedarf angepasst.
- Die Kennziffern wurden im Ergebnis der Auswertung der Betriebskostenabrechnungen der letzten Jahre auf ihre Realität überprüft, den durchschnittlichen Werten der freien Träger angepasst und einheitlich in der Anlage zur KitaFR dargestellt.
- Bei den Kennziffern für die Gewährung von Zuschüssen für Investitionen wurde eine Kappungsgrenze festgelegt.
- In Umsetzung der Bestimmungen des KitaGesetzes, die eine Versorgung der Kinder während der gesamten Betreuungszeit fordert (siehe KitaG vom 27.06.2004, §§ 2, 17) wurde die Gewährung von Zuschüssen für Frühstück und Vesper vorgesehen (entsprechende Angebote wurden durch die Träger bisher zum Teil bereits durch eine unzulässige Heranziehung der Personensorgeberechtigten zu den Kosten realisiert).

Die Umsetzung der Neufassung der KitaFR ist mit folgenden finanziellen Auswirkungen im Vergleich zur bisher geltenden KitaFR verbunden (Durchschnittswerte bezogen auf die Betreuung von 13.000 Kindern)

Leistungsbereich	Pflichtaufgabe	Aufgabe nach pflichtgemäßem Ermessen	freiwillige Aufgabe	bisherige Regelung (Aufwand pro Platz pro Jahr)	neue Regelung (Aufwand pro Platz pro Jahr)	Differenz (Aufwand pro Platz pro Jahr)	Mehr- bzw. Minder-aufwendungen pro Jahr (in EURO) (bezogen auf 13.000 betreute Kinder)
Zuschuss für notwendiges pädagogisches Personal (ZB I)	x			Keine Auswirkungen, Zuschuss erfolgt entsprechend den Bestimmungen des KitaGesetzes			
Zuschuss zu den Personalkosten gemäß § 7 (3) der KitaFR gemäß KitaPersV vom 06.08.2010, § 10. (30 % der Kosten des betreffenden Personals)		x		0	11.000 € pro betr. MA	+ 11.000 € pro betr. MA	+ 222.750 (bei 20,25 MA)
Zuschuss für Gebäude- und Anlagenbewirtschaftung (ZB II)							
- Hausmeister/ Reinigung	x			370 €	338 €	- 32 €	- 416.000
- Küchenpersonal	x			359 €	370 €	+ 11 €	+ 143.000
Zuschuss für sonstige Betriebskosten (ZB III)	x			464 €	491 €	+ 27 €	+ 351.000
Zuschuss für Frühstück		x		0	50 €	+ 50 € (0,22 €/Tag)	+ 300.000 (ohne Hort)
Zuschuss für Vesper		x		0	25 €	+ 25 € (0,11 €/Tag)	+ 325.000
<b>Mehraufwendungen gesamt</b>							<b>+ 925.750</b> (+ 1,6 % der gegenwärtigen Aufwendungen für Kindertagesbetreuung)

Die Mehraufwendungen, die aus der Umsetzung dieser Richtlinie resultieren wurden für die Haushaltsplanung 2012 sowie die mittelfristige Finanzplanung angemeldet.

Der haushaltswirksame Finanzmehrbedarf ist in den jeweiligen Jahren abhängig von der jeweiligen Altersstruktur der betreuten Kinder, da für die Betreuung von Kindern im Alter von 6-12 Jahren geringere Aufwendungen anfallen, als für die Betreuung von Kindern im Alter von 0-6 Jahren.

Mehraufwendungen, die aus einem Anstieg der Betreuungszahlen resultieren sind bereits innerhalb der mittelfristigen Finanzplanung veranschlagt.





## Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Gemäß Jugendhilfeausschussbeschlusses vom 26.02.2009 (DS 09/SVV/0025) erfolgte vom 01.07.2009 bis zum 31.12.2010 die Einführung von Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen (LQEV) für die offene Kinder- und Jugendarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam. Diese wurde von KORUS-Beratung begleitend evaluiert.

Nach Abschluss und Auswertung der anderthalbjährigen Modellphase zur LQEV-Einführung und -Erprobung in den Potsdamer Kinder- und Jugendklubs stellte KORUS-Beratung die Evaluationsergebnisse dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie, den Einrichtungsträgern sowie

dem Arbeitskreis Potsdamer Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen (AKKJ) als Prozessbeteiligte am 30.08. bzw. 29.09.2011 vor und zur Diskussion.

Die Verwaltung folgt den im Punkt 4 des Evaluationsberichtes unterbreiteten Handlungsempfehlungen grundsätzlich.

Die hieraus resultierenden Aufgaben zur weiteren LQEV-Qualifizierung werden gemeinsam mit den Einrichtungsträgern und dem AKKJ partnerschaftlich bearbeitet. Entsprechende haushaltsrelevante Vorschläge zur Änderung von Finanzierungsrichtlinie (vgl. Anlage 2 zur DS 09/SVV/0025) bzw. aktuellem Jugendförderplan (vgl. Anlage 9 zur DS 09/SVV/0530) werden dem Jugendhilfeausschuss bis spätestens Mitte 2012 zur Entscheidung vorgelegt und könnten somit zu Beginn der 3. LQEV-Periode ab 01.01.2013 bzw. mit der Fortschreibung des Jugendhilfeplanes per 01.01.2014 wirksam werden.

Die während der LQEV-Einführungs-/Erprobungsphase arbeitsteilig bzw. gemeinschaftlich erstellten Dokumentationsinstrumente (vgl. Punkt 4.4 des Evaluationsberichtes) wurden auf der Träger-/AKKJ-Konferenz am 29.09.2011 zur einheitlichen und verbindlichen Nutzung freigegeben.

Vor einer eventuellen Einführung von Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen für die Jugendförderbereiche Sozialarbeit an Schulen und Straßensozialarbeit sind grundlegende Fragen der aktuellen sowie künftigen Aufgaben und Struktur von Jugend(sozial)arbeit innerhalb des Potsdamer Jugendhilfesystems zu klären. Dies betrifft insbesondere deren Verhältnis zu anderen Trägern, Hilfesystemen und Institutionen im Rahmen des Sozialraumkonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam (DS 04/SVV/0915 und 05/SVV/0435; vgl. hierzu auch den Abschlussbericht der START gGmbH „Evaluation der Sozialarbeit an Schulen in der Landeshauptstadt Potsdam - Empfehlungen zur Entwicklung eines Rahmenkonzeptes“ - DS 11/SVV/0684).

Anlage:

Evaluationsbericht

## Votum des Facharbeitskreises AKKJ

### zum LQEV-Evaluationsbericht von BIUF e.V. KORUS-Beratung

Auf der Trägerkonferenz am 29.09.2011 wurden die Ergebnisse der durch KORUS begleiteten Evaluation zur Einführung der LQEV in den Potsdamer Kinder- und Jugendeinrichtungen den Trägern und dem AKKJ vorgestellt. In der Beratung des Arbeitskreises am 20.10.2011 waren diese Ergebnisse Thema und wurden zur Diskussion gestellt.

Der Facharbeitskreis AKKJ folgt den im Punkt 4 des Evaluationsberichtes vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen in den Bereichen Konzeptqualität, Strukturqualität und Ergebnisqualität grundsätzlich, aber nicht ausschließlich.

Über die folgenden Punkte wurde ausführlicher gesprochen und diskutiert:

Sehr begrüßt wurde der Vorschlag, die Verpflichtung der Erwirtschaftung eines Eigenanteils in Höhe von 10% von den Einrichtungen zu nehmen. Die Mehrheit der in den Klubs anzutreffenden Klientel wird durch die Erhebung von Teilnehmerbeiträgen von Veranstaltungen und Projekten ausgeschlossen. Das in den Einrichtungen erwirtschaftete Geld könnte zusätzlich den Einrichtungen bzw. den dort stattfindenden Projekten zugutekommen.

Konsens bestand ebenfalls im Punkt der Notwendigkeit der Erhöhung der Mittel für Fortbildung und Supervision, die mit derzeit 260 € pro Stelle im Jahr nicht genügen. Dazu wird innerhalb des AKKJ eine aktuelle Bedarfsermittlung stattfinden, die einen Richtwert für die Nachjustierung der Mittel von Verwaltungsseite ermöglicht.

Die durch die Einführung der LQEV gestiegenen Verwaltungskosten sollen durch eine Erhöhung der Mittel von derzeit 1.000 € auf 1.500 € pro Stelle im Jahr ausgeglichen werden. Dies wird von uns grundsätzlich als positiv wahrgenommen, reicht aber laut Trägerseite nicht aus.

Die Vision der Jugendkompetenzzentren, welche unter Punkt 5 im Evaluationsbericht dargestellt wurde, wurde intensiv diskutiert. Intention des AKKJ ist ebenfalls die Weiterentwicklung der Kooperation mit den Arbeitsfeldern Schulsozialarbeit/Sozialarbeit an Schule und Streetwork, um Synergien zu entwickeln, die dem Klientel zugutekommen. Hier sollte genau darauf geschaut werden, ob diese An/Einbindung inhaltlich sinnvoll ist und zur positiven Stärkung der Arbeitsprozesse in allen betroffenen Arbeitsfeldern (Clubs, SAS und Streetwork) führt, sowie darüber hinaus zur Deckung der Bedarfe der Klientel aus den genannten Arbeitsfeldern in vollem Umfang beiträgt. Wichtig ist dem AKKJ dabei, sich nicht in einer Strukturdiskussion zur Kostenersparnis zu verfangen, die zu Lasten der Arbeitsqualität der einzelnen Jugendhilfebereiche geht. Innerhalb des Facharbeitskreises wurden zum Thema der An/Einbindung von Schulsozialarbeit/Sozialarbeit an Schulen und Streetwork in die Einrichtungen unterschiedlichste Meinungen dargestellt.

Zu diesen Themen arbeitet auch die AKKJ-Unterarbeitsgruppe „Neue Wege“, die sich speziell mit neuen Konzepten in der offenen Arbeit beschäftigt und jedem Interessierten

offen steht. Weiterführend wird der AKKJ dazu unter dem Motto „Achtung Zukunft“ am 16.11. 2011 einen Fachtag anbieten, zu dem auch die Ergebnisse des 1. Brandenburger Kongresses der Jugendarbeit in Frankfurt/O vom 3./4.11.2011 mit einfließen werden.

Die „Vision“ auf Seite 20 im Anhang der LQEV-Evaluation wurde von den Fachkräften zur Kenntnis genommen. Im Rahmen einer Beratung des AKKJ durch KORUS wurde über dieses Modell gesprochen, jedoch wurde es nicht gemeinsam entworfen und auch nicht im Konsens als Zukunftsmodell verabschiedet.

Für den AKKJ

Potsdam, den 27.10. 2011

Sprecher  
Cornelia Lunk  
Tinko Jäckel



## **beratende Mitglieder**

Frau Renate Michael	Polizeibehörde	entschuldigt
Herr Steffen Müller	Stadtsporbund	entschuldigt
Frau Christiane Ohlert	Schulamt	entschuldigt
Frau Ganna Razu	Jüd. Gemeinde	entschuldigt
Frau Martina Trauth-Koschnik		entschuldigt
Herr Michael Aßmann	Migrantenbeirat	entschuldigt
Herr David Driese	Humanistischer Verband Deutschlands	entschuldigt

## **Gäste**

Frau Helga Hübner	stellv. Ausschussmitglied
Herr Bodo Ströber	AG Hilfen zur Erziehung
Herr Rüdiger Schmolke	AK Suchtprävention
Frau Bettina Stobbe	AG Kita
Herr Tinko Jäckel	AKKJ
Frau Charlotte Große	BIUF e.V. – KORUS-Beratung
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.09.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Bericht der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Richtlinie über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Kindertagesstätten in freier Trägerschaft in der Landeshauptstadt Potsdam (Kita-Finanzierungsrichtlinie-KitaFR)  
Vorlage: 11/SVV/0717  
Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie  
JHA (ff)  
- Wiedervorlage -
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Evaluation der Einführung von Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen für die offene Kinder- und Jugendarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 11/SVV/0776  
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 6 Sonstiges

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Sigrid Müller.

Sie begrüßt die neuen Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, Herrn Roland Sima als Vertreter des Kreiselternrates und Herrn Jochen Reinke als Vertreter des Evangelischen Kirchenkreises Potsdam.

#### zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.09.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Dr. Müller stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

##### **Abstimmung zur Niederschrift vom 22.09.2011**

Zur Niederschrift gibt es keine Anmerkungen.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

*Der Niederschrift wird zugestimmt.*

##### **Abstimmung zur Tagesordnung:**

Herr Jäckel (AKKJ) kündigt an, dass sich der AKKJ nicht zum Tagesordnungspunkt 3 „Bericht der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII“, sondern zum Tagesordnungspunkt 5.1 „Evaluation der Einführung von Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen für die offene Kinder- und Jugendarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam“ äußern wird.

Frau Dr. Müller schlägt vor, aus gegebenem Anlass die Tagesordnung um einen nicht öffentlichen Tagesordnungspunkt zu erweitern.

Da es keine weiteren Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt, bittet Frau Dr. Müller um Abstimmung über die so erweiterte Tagesordnung.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

*Der Tagesordnung wird zugestimmt.*

## zu 2

### Informationen der Verwaltung

#### Sachstand Bildungs- und Teilhabepaket

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass im Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt bisher (Stichtag 24.10.2011) 2.899 Anträge auf 5.973 Leistungen eingegangen sind. Ausgehend von ca. 5.200 Leistungsberechtigten entspricht das einer Quote von 55,8 %. Die eingehenden Anträge werden weiterhin für Auswertungszwecke gelistet und nach Antragseingang bearbeitet.

Bisher konnten 2.486 leistungsberechtigte im Fachverfahren erfasst und bearbeitet werden. Weitere 413 sind durch die Mitarbeiter noch zu erfassen. Es wurden bisher 465.293,28 € zur Zahlung angewiesen. 43 Anträge wurden bisher abgelehnt. Es sind 5 Widersprüche eingegangen, wovon 2 noch in Bearbeitung sind und in 3 Fällen abgeholfen wurde.

Ab 01.11.2011 werden auch die Leistungen für Schülerspeisung und Fahrkosten durch den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt erbracht.

Es wird auch weiterhin für die Antragstellung geworben.

Frau Müller-Preinesberger bietet an, die Auflistung über die Verteilung der BuT-Leistungsarten als Anlage zum Protokoll auszureichen.

Herr Schweers teilt mit, dass für Sozialarbeit an Schulen für 2012 und 2013 jeweils ca. 650.000 Euro für spezielle Projekte aus dem Bildungs- und Teilhabepaket ausgereicht werden sollen.

Des Weiteren informiert er, dass die anteiligen Mittel zur Förderung des Projektes Mädchenarbeit für den Zeitraum Oktober bis Dezember 2011 mit 10.000 Euro gefördert wird.

Frau Dr. Müller ergänzt, dass das Projekt auch 2012 gefördert wird.

Herr Ströber macht deutlich, dass er der Presse entnommen hat, dass der Jugendamtsleiter dafür plädiert, dass Schulsozialarbeiter in Jugendklubs angesiedelt werden sollen. Er weist darauf hin, dass dies nicht dem Tenor der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses entspricht.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass dazu im Bericht des Unterausschusses Jugendhilfeplanung etwas gesagt wird.

Herr Ströber fragt, ob er davon ausgehen kann, dass es derzeit keine Verabredung mit freien Trägern zur Schulsozialarbeit gibt.

Herr Schweers bestätigt dies.

Herr Ströber weist darauf hin, dass es ein Treffen des Deutschen Städtetages und der Freien Hansestadt Hamburg in Berlin zum Thema Abschaffung des Rechtsanspruchs auf Hilfen zur Erziehung gab. Er fragt, ob dazu Informationen vorliegen.

Herr Schweers informiert, dass er an einer Sitzung des zum Deutschen Städtetag in Nürnberg teilnehmen wird. Er macht deutlich, dass auch dort Hilfen zur Erziehung thematisiert werden.



**zu 3 Bericht der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII**

**Unterausschuss Jugendhilfeplanung**

Herr Liebe informiert, dass der Unterausschuss Jugendhilfeplanung am 18.10.2011 getagt hat. Der Unterausschuss hat sich u.a. mit der Schulsozialarbeit und der Kita-Finanzierungsrichtlinie befasst. Bezüglich der Schulsozialarbeit sieht sich der Unterausschuss als Unterstützer in der Auseinandersetzung. Zur nächsten Sitzung des Unterausschusses soll Herr Dörnbrack (Staatliches Schulamt) eingeladen werden, um die Diskussion zunächst im kleineren Rahmen zu führen.

Der Unterausschuss folgt dem Auftrag des Jugendhilfeausschusses, ein Verfahren zum weiteren Umgang mit dem Arbeitsfeld Schulsozialarbeit vorzuschlagen.

**Regionale AG 1**

Herr Liebe informiert, dass sich die Regionale AG 1 darüber verständigt hat, wie ein gegenseitiger Austausch zwischen den Trägern erfolgen kann. Die Regionale AG 1 möchte in die Diskussion über die bisher durchgeführten Evaluationen treten, um anzuregen, dass über deren Ergebnisse nachgedacht wird.

Frau Dr. Müller fragt, ob es bereits Überlegungen gibt, wer sich dieser Aufgabe dann stellen soll.

Herr Liebe erklärt, dass sich die Regionale AG 1 mit den Ergebnissen für die Region auseinandersetzen möchte, um dann zu sehen, welche übergreifenden Möglichkeiten es gibt, um die Qualität zu verbessern.

**AG Suchtprävention**

Herr Schmolke informiert, dass sich die AG Suchtprävention gemeinsam mit der Suchtberatungsstelle der AWO mit dem Thema Mediensucht auseinandergesetzt hat. Es sollen ab sofort Medientrainings für Eltern angeboten werden.

Des Weiteren wurde mit der Sozialplanerin ein Gespräch zum Suchtkonzept geführt. Das Suchtkonzept soll mit externer Begleitung fortgeschrieben werden.

**zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 4.1 Richtlinie über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Kindertagesstätten in freier Trägerschaft in der Landeshauptstadt Potsdam (Kita-Finanzierungsrichtlinie-KitaFR)**

**Vorlage: 11/SVV/0717**

Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

JHA (ff)

- Wiedervorlage -

Frau Dr. Müller erinnert daran, dass die Drucksache bereits im Jugendhilfeausschuss am 22.09.2011 eingebracht und beraten wurde.

Herr Schweers informiert, dass der Finanzausschuss sich mit der Drucksache befasst hat, aber kein Votum abgegeben hat, da das Votum des JHA noch nicht vorliegt.

Des Weiteren macht er deutlich, dass sich die Verwaltung bisher nicht mit dem durch die Kleinen Liga beauftragte Gutachten zur Kita-Finanzierungsrichtlinie befassen könnte, da ihr dieses noch immer nicht vorliegt.

Anhand einer Folie erörtert er die Finanzierungssystematik nach aktueller Kita-Finanzierungsrichtlinie.

Frau Dr. Müller informiert über ein Schreiben der Liga der Spitzenverbände zum Beschluss zur Weiterentwicklung der Kita-Finanzierungsrichtlinie Potsdam.

Sie verliest den Beschlussvorschlag:

*„Die Liga befürwortet als Finanzierungsregelung für die Kitas in der Landeshauptstadt Potsdam für 2012*

- 1. eine Beibehaltung der bestehenden Richtlinie einschließlich ihrer Nebenleistungen (Eingewöhnungspauschale, Qualitätszuschuss);*
- 2. die Einführung der zusätzlichen Finanzierung für die Versorgungsleistungen Frühstück und Vesper in Höhe von 75,00 EUR pro Kind und Jahr insgesamt.*
- 3. Für das Jahr 2013 ff. soll im Jahr 2012 eine völlig neue Richtlinie erarbeitet und verhandelt werden. Ziel dabei soll es sein, eine differenzierte Festbetragsfinanzierung je Leistung zu erlangen und somit Planungssicherheit für die Landeshauptstadt Potsdam wie für die Träger herzustellen.*

*Sollte sich die Stadt mit diesem Vorgehen einverstanden erklären, wird die Liga den angeschlossenen Trägern empfehlen, auf eine Individualfinanzierung weitgehend zu verzichten.“*

Herr Liebe macht als Vertreter der Träger deutlich, dass sich der Jugendhilfeausschuss zu den Qualitätsstandards bekennen und deren Einführung fordern soll.

Herr Kankarowitsch spricht sich dafür aus, die von der Verwaltung vorgelegte Drucksache nicht zum Beschluss zu empfehlen. Für 2012 sollte ein gemeinsamer Zwischenschritt verabredet werden. Er empfiehlt, dem Vorschlag der Kleinen Liga zuzustimmen.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass die komplette Aufnahme der Qualitätsparameter zusätzlich 925.000 Euro zur jetzt bestehenden Richtlinie bedeuten.

Sie bittet um Verständnis, dass die von der Verwaltung vorgelegte Drucksache zur Abstimmung gebracht werden muss.

Herr Liebe macht deutlich, dass es eine jährliche Inflationsrate von 2 % gibt. Dies bedeutet Mehrkosten für die Träger, die ihnen bei geringfügig erhöhten Pauschalen Probleme bringen.

Herr Schweers bestätigt, dass die Erhöhung der Pauschalen um 1,6 % über 6 Jahre erfolgen soll. Dem gegenüber ist widersprüchlich, dass die Träger mit ihrem Anliegen, die bisherige Richtlinie beizubehalten, diese geringe Erhöhung nicht für nötig erachten.

Herr Dr. Henrich fragt, ob es zwingend notwendig ist, heute ein Votum abzugeben.

Frau Dr. Müller bejaht dies mit dem Hinweis, dass es aus ihrer Sicht keinen inhaltlichen Zuwachs bringt, sondern lediglich Zeitverzug bedeutet, wenn die Drucksache vertagt wird.

Sie macht darauf aufmerksam, dass der Jugendhilfeausschuss zwar die Federführung für die Beratung der Beschlussvorlage hat und auf das Votum des Finanzausschusses warten müsste. Sie schlägt aber vor, ein Votum aus Sicht des fachlich zuständigen Ausschusses abzugeben, um dem Finanzausschuss die Arbeit zu erleichtern.

Herr Liebe beantragt eine kurze Pause, um den Antrag der Kleinen Liga kopieren und an alle Ausschussmitglieder ausreichen zu lassen.

Nach einer kurzen Pause wird der Beschlussvorschlag der Kleinen Liga wird an alle Ausschussmitglieder als Tischvorlage ausgereicht.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass ein Votum zur Vorlage der Verwaltung abgegeben werden muss. Danach muss eine Verständigung zum Vorschlag der Kleinen Liga erfolgen.

Sie schlägt vor, den Vorschlag wie folgt umzuformulieren:

*„Der Jugendhilfeausschuss beschließt als Finanzierungsregelung für die Kitas in der Landeshauptstadt Potsdam für 2012:*

- 1. eine Beibehaltung der bestehenden Richtlinie unter Einbeziehung der Finanzierung der Qualitätsparameter*
  - Eingewöhnungspauschale in Höhe von 150,00 Euro pro Kind*
  - Leitungspauschale von 10 % pro pädagogische Leitungsfreistellung*
  - spezialfachliche Fortbildung des päd. Personals*
- 2. die Einführung der zusätzlichen Finanzierung für die Versorgungsleistungen Frühstück und Vesper in Höhe von 75,00 EUR pro Kind und Jahr insgesamt gemäß Kitagesetz des Landes Brandenburg.*
- 3. Für das Jahr 2013 ff. soll im Jahr 2012 eine völlig neue Richtlinie erarbeitet und verhandelt werden. Ziel dabei soll es sein, eine differenzierte Festbetragsfinanzierung je Leistung zu erlangen und somit Planungssicherheit für die Landeshauptstadt Potsdam wie für die Träger herzustellen.“*

Der Jugendhilfeausschuss lehnt die Drucksache 11/SVV/0717 ab.

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag zur DS 11/SVV/0717.

#### **Änderungsantrag:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt als Finanzierungsregelung für die Kitas in der Landeshauptstadt Potsdam für 2012:

- 4. eine Beibehaltung der bestehenden Richtlinie unter Einbeziehung der Finanzierung der Qualitätsparameter*
  - Eingewöhnungspauschale in Höhe von 150,00 Euro pro Kind*
  - Leitungspauschale von 10 % pro pädagogische Leitungsfreistellung*
  - spezialfachliche Fortbildung des päd. Personals*
- 5. die Einführung der zusätzlichen Finanzierung für die Versorgungsleistungen Frühstück und Vesper in Höhe von 75,00 EUR pro Kind und Jahr insgesamt gemäß Kitagesetz des Landes Brandenburg.*
- 6. Für das Jahr 2013 ff. soll im Jahr 2012 eine völlig neue Richtlinie erarbeitet und verhandelt werden. Ziel dabei soll es sein, eine differenzierte Festbetragsfinanzierung je Leistung zu erlangen und somit Planungssicherheit für die Landeshauptstadt Potsdam wie für die Träger herzustellen.*

Zustimmung: 13  
Ablehnung 0

Frau Müller-Preinesberger bedauert, dass das Votum des Jugendhilfeausschusses auf einem Gutachten beruht, das der Verwaltung bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorliegt.

Frau Dr. Müller bittet diejenigen, die das Gutachten beauftragt haben, dies auch der Verwaltung vorzulegen. Sie weist darauf hin, dass ein gemeinsames Handeln nur möglich ist, wenn der Verwaltung das Gutachten zur Kenntnis gegeben wird.

## **zu 5            Mitteilungen der Verwaltung**

### **zu 5.1        Evaluation der Einführung von Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen für die offene Kinder- und Jugendarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam**

#### **Vorlage: 11/SVV/0776**

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Herr Jäckel (AKKJ) verliest die Stellungnahme des AKKJ zum LQEV-Evaluationsbericht und weist darauf hin, dass diese allen JHA-Mitgliedern als Anlage zum Protokoll zur Verfügung gestellt wird.

Frau Große (BIUF e.V. – KORUS-Beratung) erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation die Entstehung der Evaluation. Dabei geht sie auf die Zielstellungen ein. Sie gibt Erläuterungen zum Prozessverlauf und erörtert die Empfehlungen.

Herr Dr. Henrich äußert sich positiv zum Bericht. Wichtig ist auch, dass darin die eigenständige Durchführung von Projekten durch Kinder und Jugendliche erwähnt wurde.

Die Schlussfolgerung, dass Schulsozialarbeit effektiver erfolgen kann, wenn diese an Jugendklubs angebunden ist, kann er nicht nachvollziehen.

Auch Sport und andere bewegungsorientierte Angebote sollten in solch einem Bericht erwähnt werden, da es auch die anteilig finanzierte Stelle des Jugendsportkoordinators gibt.

Herr Schweers macht deutlich, dass es in dem Evaluationsbericht Empfehlungen und Kritikpunkte gibt. Er selbst ist mit dem Ergebnis sehr zufrieden. Aus seiner Sicht hat sich in den letzten Jahren die Zusammenarbeit sehr verbessert. Auch die Qualität der Arbeit ist gewachsen.

Frau Große betont, dass die Empfehlungen zur Kooperation von Sozialarbeit in Kinder- und Jugendklubs zu Sozialarbeit an Schulen und Streetwork sehr allgemein formuliert wurden, um eine große Flexibilität zu ermöglichen. Hier sollte genau hingesehen werden, wie die unterschiedlichen Ressourcen in einer Region so gestaltet werden können, dass ein größtmöglicher Nutzen für die Kinder- und Jugendlichen entsteht.

Frau Frehse-Sevran äußert Bedenken, dass die Vision zu schnell geht. Man sollte sich damit sehr intensiv befassen.

Frau Große macht deutlich, dass es sich lediglich um Visionen handelt, die in den Fachrunden aufgegriffen wurden. Es handelt sich hierbei nicht um Ziele. Darauf

folgen noch viele Schritte und ein großer Dialog.

Herr Lehmann spricht in diesem Zusammenhang die Diskussion zur Schulsozialarbeit an, bei der auch die Ergebnisse vorweg schon in den Fachausschüssen diskutiert wurden.

Frau Große macht deutlich, dass dies alles Vorschläge der Fachkräfte sind.

Herr Lehmann bittet, ein Ergebnis für die Landeshauptstadt Potsdam daraus zu ziehen.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass gemeinsam mit den Trägern, dem Jugendhilfeausschuss und der Verwaltung eine Lösung zu finden ist.

Frau Müller-Preinesberger macht darauf aufmerksam, dass mitunter Dinge polarisiert werden müssen, um Veränderungen herbeizuführen.

Sie macht auch deutlich, dass die Zusammenarbeit von Schulen und anderen Einrichtungen in einer Region verbessert werden muss. Hier muss gemeinsam nach Möglichkeiten gesucht werden.

Herr Jäckel weist darauf hin, dass sich der AKKJ auf die Quellenangabe bezogen und keine Wertung vorgenommen hat.

Herr Harder bittet darum, sich mit den Ergebnissen ausführlich zu befassen.

Frau Dr. Müller macht darauf aufmerksam, dass hier ein Evaluationsergebnis vorliegt, das nicht beschlossen werden soll. Es wird auch nicht umgehend an der Umsetzung gearbeitet. Es sollte überlegt werden, wie mit dem Vorgelegten jetzt umgegangen werden soll.

Herr Liebe macht deutlich, dass die Strukturen den Bedarfen angepasst werden müssen. Dies muss im Blick behalten werden. Es müssen auch Bedingungen geschaffen werden, um die Arbeit zu verbessern.

Herr Ströber macht deutlich, dass miteinander kooperiert werden muss.

Herr Schweers weist darauf hin, dass der Ausbau von sog. Jugendkompetenzzentren nicht die Vision von Frau Große ist. Dies ist der Klub 18, wie er bereits existiert und wo das bereits gelebte Realität ist.

Herr Ströber macht deutlich, dass die Träger Veränderung wollen, da die Qualitätsveränderung auch nötig ist.

Abschließend weist Frau Dr. Müller darauf hin, dass gemäß der Stellungnahme der Verwaltung auch weiter an diesem Thema gearbeitet wird.

Sie dankt Frau Große und den Trägern für die geleistete Arbeit.

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

## **zu 6      Sonstiges**

**Nächster Jugendhilfeausschuss: 24. November 2011; 16:30 Uhr**

**Dr. Sigrid Müller**  
**Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra**  
**Schriftführerin**



## Niederschrift

### 30. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 27.10.2011
<b>Sitzungsbeginn:</b>	16:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:45 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

---

#### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	Sitzungsleitung
------------------------	-----------	-----------------

#### Ausschussmitglieder

Frau Birgit Morgenroth	SPD	anwesend ab 16:34 Uhr
Herr Claus Wartenberg	SPD	anwesend ab 17:18 Uhr
Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU	anwesend bis 17:45 Uhr
Frau Frauke Frehse-Sevran	anerkannter freier Träger	
Frau Heiderose Gerber	anerkannter freier Träger	
Herr Dirk Harder	anerkannter freier Träger	anwesend von 16:37 Uhr bis ca. 19:15 Uhr
Herr Dr. Lutz Henrich	anerkannter freier Träger	
Herr Marcel Kankarowitsch	anerkannter freier Träger	Teilnahme bis 19:00 Uhr
Herr Thomas Liebe	anerkannter freier Träger	

#### stellv. Ausschussmitglieder

Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	anwesend ab 17:37 Uhr
------------------------	-----------	-----------------------

#### beratende Mitglieder

Herr Christoph Dähnrich	Kath. Kirche
Frau Karola Linke	Gesundheitsamt
Herr Norbert Schweers	

#### Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Soziales, Jugend, Gesun- dheit
---------------------------------	---

Frau Birgit Eifler  
Herr Kevin Lücke

Grüne/B90  
FDP

### **Nicht anwesend sind:**

### **Ausschussmitglieder**

Herr Jens Gruschka	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Jana Schulze	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt

### **beratende Mitglieder**

Frau Renate Michael	Polizeibehörde	entschuldigt
Herr Steffen Müller	Stadtsportbund	entschuldigt
Frau Christiane Ohlert	Schulamt	entschuldigt
Frau Ganna Razu	Jüd. Gemeinde	entschuldigt

Frau Martina Trauth-Koschnik		entschuldigt
Frau Jutta Busch	SPD	entschuldigt
Herr Michael Aßmann	Migrantenbeirat	entschuldigt
HVD Potsdam Driese, David	Humanistischer Verband Deutschlands	entschuldigt

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.09.2011 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Bericht der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Richtlinie über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der  
Kindertagesstätten in freier Trägerschaft in der Landeshauptstadt Potsdam (Kita-  
Finanzierungsrichtlinie-KitaFR)  
Vorlage: 11/SVV/0717  
Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie  
JHA (ff)  
- Wiedervorlage -



- 5            Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1         Evaluation der Einführung von Leistungs- und  
              Qualitätsentwicklungsvereinbarungen für die offene Kinder- und Jugendarbeit in  
              der Landeshauptstadt Potsdam  
              Vorlage: 11/SVV/0776  
              Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 6            Sonstiges

### **Nicht öffentlicher Teil**

- 7            Informationen der Verwaltung

### **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1        Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Sigrid Müller.

Sie begrüßt die neuen Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, Herrn Roland Sima als Vertreter des Kreiselternrates und Herrn Jochen Reinke als Vertreter des Evangelischen Kirchenkreises Potsdam.

#### **zu 1.1     Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /               Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des               öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.09.2011 / Feststellung der öffentlichen               Tagesordnung**

Frau Dr. Müller stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

#### **Abstimmung zur Niederschrift vom 22.09.2011**

Zur Niederschrift gibt es keine Anmerkungen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:            8

Ablehnung:              0

*Der Niederschrift wird zugestimmt.*

#### **Abstimmung zur Tagesordnung:**

Herr Jäckel (AKKJ) kündigt an, dass sich der AKKJ nicht zum Tagesordnungspunkt 3

„Bericht der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII“, sondern zum Tagesordnungspunkt 5.1 „Evaluation der Einführung von Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen für die offene Kinder- und Jugendarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam“ äußern wird.

Frau Dr. Müller schlägt vor, aus gegebenem Anlass die Tagesordnung um einen nicht öffentlichen Tagesordnungspunkt zu erweitern.

Da es keine weiteren Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt, bittet Frau Dr. Müller um Abstimmung über die so erweiterte Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

*Der Tagesordnung wird zugestimmt.*

## zu 2 Informationen der Verwaltung

### Sachstand Bildungs- und Teilhabepaket

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass im Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt bisher (Stichtag 24.10.2011) 2.899 Anträge auf 5.973 Leistungen eingegangen sind. Ausgehend von ca. 5.200 Leistungsberechtigten entspricht das einer Quote von 55,8 %. Die eingehenden Anträge werden weiterhin für Auswertungszwecke gelistet und nach Antragsingang bearbeitet.

Bisher konnten 2.486 leistungsberechtigte im Fachverfahren erfasst und bearbeitet werden. Weitere 413 sind durch die Mitarbeiter noch zu erfassen. Es wurden bisher 465.293,28 € zur Zahlung angewiesen. 43 Anträge wurden bisher abgelehnt. Es sind 5 Widersprüche eingegangen, wovon 2 noch in Bearbeitung sind und in 3 Fällen abgeholfen wurde.

Ab 01.11.2011 werden auch die Leistungen für Schülerspeisung und Fahrkosten durch den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt erbracht.

Es wird auch weiterhin für die Antragstellung geworben.

Frau Müller-Preinesberger bietet an, die Auflistung über die Verteilung der BuT-Leistungsarten als Anlage zum Protokoll auszureichen.

Herr Schweers teilt mit, dass für Sozialarbeit an Schulen für 2012 und 2013 jeweils ca. 650.000 Euro für spezielle Projekte aus dem Bildungs- und Teilhabepaket ausgereicht werden sollen.

Des Weiteren informiert er, dass die anteiligen Mittel zur Förderung des Projektes Mädchenarbeit für den Zeitraum Oktober bis Dezember 2011 mit 10.000 Euro gefördert wird.

Frau Dr. Müller ergänzt, dass das Projekt auch 2012 gefördert wird.

Herr Ströber macht deutlich, dass er der Presse entnommen hat, dass der Jugendamtsleiter dafür plädiert, dass Schulsozialarbeiter in Jugendklubs angesiedelt werden sollen. Er weist darauf hin, dass dies nicht dem Tenor der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses entspricht.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass dazu im Bericht des Unterausschusses Jugendhilfeplanung etwas gesagt wird.

Herr Ströber fragt, ob er davon ausgehen kann, dass es derzeit keine Verabredung mit freien Trägern zur Schulsozialarbeit gibt.

Herr Schweers bestätigt dies.

Herr Ströber weist darauf hin, dass es ein Treffen des Deutschen Städtetages und der Freien Hansestadt Hamburg in Berlin zum Thema Abschaffung des Rechtsanspruchs auf Hilfen zur Erziehung gab. Er fragt, ob dazu Informationen vorliegen.

Herr Schweers informiert, dass er an einer Sitzung des zum Deutschen Städtetag in Nürnberg teilnehmen wird. Er macht deutlich, dass auch dort Hilfen zur Erziehung thematisiert werden.

### zu 3 **Bericht der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII**

#### **Unterausschuss Jugendhilfeplanung**

Herr Liebe informiert, dass der Unterausschuss Jugendhilfeplanung am 18.10.2011 getagt hat. Der Unterausschuss hat sich u.a. mit der Schulsozialarbeit und der Kita-Finanzierungsrichtlinie befasst. Bezüglich der Schulsozialarbeit sieht sich der Unterausschuss als Unterstützer in der Auseinandersetzung. Zur nächsten Sitzung des Unterausschusses soll Herr Dörnbrack (Staatliches Schulamt) eingeladen werden, um die Diskussion zunächst im kleineren Rahmen zu führen.

Der Unterausschuss folgt dem Auftrag des Jugendhilfeausschusses, ein Verfahren zum weiteren Umgang mit dem Arbeitsfeld Schulsozialarbeit vorzuschlagen.

#### **Regionale AG 1**

Herr Liebe informiert, dass sich die Regionale AG 1 darüber verständigt hat, wie ein gegenseitiger Austausch zwischen den Trägern erfolgen kann. Die Regionale AG 1 möchte in die Diskussion über die bisher durchgeführten Evaluationen treten, um anzuregen, dass über deren Ergebnisse nachgedacht wird.

Frau Dr. Müller fragt, ob es bereits Überlegungen gibt, wer sich dieser Aufgabe dann stellen soll.

Herr Liebe erklärt, dass sich die Regionale AG 1 mit den Ergebnissen für die Region auseinandersetzen möchte, um dann zu sehen, welche übergreifenden Möglichkeiten es gibt, um die Qualität zu verbessern.

#### **AG Suchtprävention**

Herr Schmolke informiert, dass sich die AG Suchtprävention gemeinsam mit der Suchtberatungsstelle der AWO mit dem Thema Mediensucht auseinandergesetzt hat. Es sollen ab sofort Medientrainings für Eltern angeboten werden.

Des Weiteren wurde mit der Sozialplanerin ein Gespräch zum Suchtkonzept geführt. Das Suchtkonzept soll mit externer Begleitung fortgeschrieben werden.

## zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

### zu 4.1 Richtlinie über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Kindertagesstätten in freier Trägerschaft in der Landeshauptstadt Potsdam (Kita-Finanzierungsrichtlinie-KitaFR)

**Vorlage: 11/SVV/0717**

Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

JHA (ff)

- Wiedervorlage -

Frau Dr. Müller erinnert daran, dass die Drucksache bereits im Jugendhilfeausschuss am 22.09.2011 eingebracht und beraten wurde.

Herr Schweers informiert, dass der Finanzausschuss sich mit der Drucksache befasst hat, aber kein Votum abgegeben hat, da das Votum des JHA noch nicht vorliegt.

Des Weiteren macht er deutlich, dass sich die Verwaltung bisher nicht mit dem durch die Kleinen Liga beauftragte Gutachten zur Kita-Finanzierungsrichtlinie befassen könnte, da ihr dieses noch immer nicht vorliegt.

Anhand einer Folie erörtert er die Finanzierungssystematik nach aktueller Kita-Finanzierungsrichtlinie.

Frau Dr. Müller informiert über ein Schreiben der Liga der Spitzenverbände zum Beschluss zur Weiterentwicklung der Kita-Finanzierungsrichtlinie Potsdam.

Sie verliest den Beschlussvorschlag:

*„Die Liga befürwortet als Finanzierungsregelung für die Kitas in der Landeshauptstadt Potsdam für 2012*

- 1. eine Beibehaltung der bestehenden Richtlinie einschließlich ihrer Nebenleistungen (Eingewöhnungspauschale, Qualitätszuschuss);*
- 2. die Einführung der zusätzlichen Finanzierung für die Versorgungsleistungen Frühstück und Vesper in Höhe von 75,00 EUR pro Kind und Jahr insgesamt.*
- 3. Für das Jahr 2013 ff. soll im Jahr 2012 eine völlig neue Richtlinie erarbeitet und verhandelt werden. Ziel dabei soll es sein, eine differenzierte Festbetragsfinanzierung je Leistung zu erlangen und somit Planungssicherheit für die Landeshauptstadt Potsdam wie für die Träger herzustellen.*

*Sollte sich die Stadt mit diesem Vorgehen einverstanden erklären, wird die Liga den angeschlossenen Trägern empfehlen, auf eine Individualfinanzierung weitgehend zu verzichten.“*

Herr Liebe macht als Vertreter der Träger deutlich, dass sich der Jugendhilfeausschuss zu den Qualitätsstandards bekennen und deren Einführung fordern soll.

Herr Kankarowitsch spricht sich dafür aus, die von der Verwaltung vorgelegte Drucksache nicht zum Beschluss zu empfehlen. Für 2012 sollte ein gemeinsamer Zwischenschritt verabredet werden. Er empfiehlt, dem Vorschlag der Kleinen Liga zuzustimmen.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass die komplette Aufnahme der Qualitätsparameter zusätzlich 925.000 Euro zur jetzt bestehenden Richtlinie bedeuten.

Sie bittet um Verständnis, dass die von der Verwaltung vorgelegte Drucksache zur Abstimmung gebracht werden muss.

Herr Liebe macht deutlich, dass es eine jährliche Inflationsrate von 2 % gibt. Dies bedeutet Mehrkosten für die Träger, die ihnen bei geringfügig erhöhten Pauschalen Probleme bringen.

Herr Schweers bestätigt, dass die Erhöhung der Pauschalen um 1,6 % über 6 Jahre erfolgen soll. Dem gegenüber ist widersprüchlich, dass die Träger mit ihrem Anliegen, die bisherige Richtlinie beizubehalten, diese geringe Erhöhung nicht für nötig erachten.

Herr Dr. Henrich fragt, ob es zwingend notwendig ist, heute ein Votum abzugeben.

Frau Dr. Müller bejaht dies mit dem Hinweis, dass es aus ihrer Sicht keinen inhaltlichen Zuwachs bringt, sondern lediglich Zeitverzug bedeutet, wenn die Drucksache vertagt wird. Sie macht darauf aufmerksam, dass der Jugendhilfeausschuss zwar die Federführung für die Beratung der Beschlussvorlage hat und auf das Votum des Finanzausschusses warten müsste. Sie schlägt aber vor, ein Votum aus Sicht des fachlich zuständigen Ausschusses abzugeben, um dem Finanzausschuss die Arbeit zu erleichtern.

Herr Liebe beantragt eine kurze Pause, um den Antrag der Kleinen Liga kopieren und an alle Ausschussmitglieder ausreichen zu lassen.

Nach einer kurzen Pause wird der Beschlussvorschlag der Kleinen Liga wird an alle Ausschussmitglieder als Tischvorlage ausgereicht.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass ein Votum zur Vorlage der Verwaltung abgegeben werden muss. Danach muss eine Verständigung zum Vorschlag der Kleinen Liga erfolgen.

Sie schlägt vor, den Vorschlag wie folgt umzuformulieren:

*„Der Jugendhilfeausschuss beschließt als Finanzierungsregelung für die Kitas in der Landeshauptstadt Potsdam für 2012:*

- 1. eine Beibehaltung der bestehenden Richtlinie unter Einbeziehung der Finanzierung der Qualitätsparameter*
  - Eingewöhnungspauschale in Höhe von 150,00 Euro pro Kind*
  - Leitungspauschale von 10 % pro pädagogische Leitungsfreistellung*
  - spezialfachliche Fortbildung des päd. Personals*
- 2. die Einführung der zusätzlichen Finanzierung für die Versorgungsleistungen Frühstück und Vesper in Höhe von 75,00 EUR pro Kind und Jahr insgesamt gemäß Kitagesetz des Landes Brandenburg.*
- 3. Für das Jahr 2013 ff. soll im Jahr 2012 eine völlig neue Richtlinie erarbeitet und verhandelt werden. Ziel dabei soll es sein, eine differenzierte Festbetragsfinanzierung je Leistung zu erlangen und somit Planungssicherheit für die Landeshauptstadt Potsdam wie für die Träger herzustellen.“*

Der Jugendhilfeausschuss lehnt die Drucksache 11/SVV/0717 ab.

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag zur DS 11/SVV/0717.

#### **Änderungsantrag:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt als Finanzierungsregelung für die Kitas in der Landeshauptstadt Potsdam für 2012:

4. eine Beibehaltung der bestehenden Richtlinie unter Einbeziehung der Finanzierung der Qualitätsparameter
  - Eingewöhnungspauschale in Höhe von 150,00 Euro pro Kind
  - Leitungspauschale von 10 % pro pädagogische Leitungsfreistellung
  - spezialfachliche Fortbildung des päd. Personals
5. die Einführung der zusätzlichen Finanzierung für die Versorgungsleistungen Frühstück und Vesper in Höhe von 75,00 EUR pro Kind und Jahr insgesamt gemäß Kitagesetz des Landes Brandenburg.
6. Für das Jahr 2013 ff. soll im Jahr 2012 eine völlig neue Richtlinie erarbeitet und verhandelt werden. Ziel dabei soll es sein, eine differenzierte Festbetragsfinanzierung je Leistung zu erlangen und somit Planungssicherheit für die Landeshauptstadt Potsdam wie für die Träger herzustellen.

Zustimmung: 13

Ablehnung 0

Frau Müller-Preinesberger bedauert, dass das Votum des Jugendhilfeausschusses auf einem Gutachten beruht, dass der Verwaltung bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorliegt.

Frau Dr. Müller bittet diejenigen, die das Gutachten beauftragt haben, dies auch der Verwaltung vorzulegen. Sie weist darauf hin, dass ein gemeinsames Handeln nur möglich ist, wenn der Verwaltung das Gutachten zur Kenntnis gegeben wird.

## zu 5 **Mitteilungen der Verwaltung**

### zu 5.1 **Evaluation der Einführung von Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen für die offene Kinder- und Jugendarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 11/SVV/0776**

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Herr Jäckel (AKKJ) verliest die Stellungnahme des AKKJ zum LQEV-Evaluationsbericht und weist darauf hin, dass diese allen JHA-Mitgliedern als Anlage zum Protokoll zur Verfügung gestellt wird.

Frau Große (BIUF e.V. – KORUS-Beratung) erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation die Entstehung der Evaluation. Dabei geht sie auf die Zielstellungen ein. Sie gibt Erläuterungen zum Prozessverlauf und erörtert die Empfehlungen.

Herr Dr. Henrich äußert sich positiv zum Bericht. Wichtig ist auch, dass darin die eigenständige Durchführung von Projekten durch Kinder und Jugendliche erwähnt wurde. Die Schlussfolgerung, dass Schulsozialarbeit effektiver erfolgen kann, wenn diese an Jugendklubs angebunden ist, kann er nicht nachvollziehen.

Auch Sport und andere bewegungsorientierte Angebote sollten in solch einem Bericht erwähnt werden, da es auch die anteilig finanzierte Stelle des Jugendsportkoordinators gibt.

Herr Schweers macht deutlich, dass es in dem Evaluationsbericht Empfehlungen und Kritikpunkte gibt. Er selbst ist mit dem Ergebnis sehr zufrieden. Aus seiner Sicht hat sich in den letzten Jahren die Zusammenarbeit sehr verbessert. Auch die Qualität der Arbeit ist gewachsen.

Frau Große betont, dass die Empfehlungen zur Kooperation von Sozialarbeit in Kinder- und Jugendklubs zu Sozialarbeit an Schulen und Streetwork sehr allgemein formuliert wurden, um eine große Flexibilität zu ermöglichen. Hier sollte genau hingesehen werden, wie die unterschiedlichen Ressourcen in einer Region so gestaltet werden können, dass ein größtmöglicher Nutzen für die Kinder- und Jugendlichen entsteht.

Frau Frehse-Sevran äußert Bedenken, dass die Vision zu schnell geht. Man sollte sich damit sehr intensiv befassen.

Frau Große macht deutlich, dass es sich lediglich um Visionen handelt, die in den Fachrunden aufgegriffen wurden. Es handelt sich hierbei nicht um Ziele. Darauf folgen

noch viele Schritte und ein großer Dialog.

Herr Lehmann spricht in diesem Zusammenhang die Diskussion zur Schulsozialarbeit an, bei der auch die Ergebnisse vorweg schon in den Fachausschüssen diskutiert wurden.

Frau Große macht deutlich, dass dies alles Vorschläge der Fachkräfte sind.

Herr Lehmann bittet, ein Ergebnis für die Landeshauptstadt Potsdam daraus zu ziehen.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass gemeinsam mit den Trägern, dem Jugendhilfeausschuss und der Verwaltung eine Lösung zu finden ist.

Frau Müller-Preinesberger macht darauf aufmerksam, dass mitunter Dinge polarisiert werden müssen, um Veränderungen herbeizuführen.

Sie macht auch deutlich, dass die Zusammenarbeit von Schulen und anderen Einrichtungen in einer Region verbessert werden muss. Hier muss gemeinsam nach Möglichkeiten gesucht werden.

Herr Jäckel weist darauf hin, dass sich der AKKJ auf die Quellenangabe bezogen und keine Wertung vorgenommen hat.

Herr Harder bittet darum, sich mit den Ergebnissen ausführlich zu befassen.

Frau Dr. Müller macht darauf aufmerksam, dass hier ein Evaluationsergebnis vorliegt, dass nicht beschlossen werden soll. Es wird auch nicht umgehend an der Umsetzung gearbeitet. Es sollte überlegt werden, wie mit dem Vorgelegten jetzt umgegangen werden soll.

Herr Liebe macht deutlich, dass die Strukturen den Bedarfen angepasst werden müssen, Dies muss im Blick behalten werden. Es müssen auch Bedingungen geschaffen werden, um die Arbeit zu verbessern.

Herr Ströber macht deutlich, dass miteinander kooperiert werden muss.

Herr Schweers weist darauf hin, dass der Ausbau von sog. Jugendkompetenzzentren nicht die Vision von Frau Große ist. Dies ist der Klub 18, wie er bereits existiert und wo das bereits gelebte Realität ist.

Herr Ströber macht deutlich, dass die Träger Veränderung wollen, da die Qualitätsveränderung auch nötig ist.

Abschließend weist Frau Dr. Müller darauf hin, dass gemäß der Stellungnahme der Verwaltung auch weiter an diesem Thema gearbeitet wird. Sie dankt Frau Große und den Trägern für die geleistete Arbeit.

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

## **zu 6      Sonstiges**

**Nächster Jugendhilfeausschuss: 24. November 2011; 16:30 Uhr**

## Nicht öffentlicher Teil

### **zu 7 Informationen der Verwaltung**

Frau Müller-Preinesberger teilt mit, dass Herr Klemund als Geschäftsführer der Luftschiffhafen GmbH mit der Bitte um Hilfe in Bezug auf Kinderschutzfälle am Internat der Sportschule an die Verwaltung herangetreten ist.

Hier muss jetzt eine Aufklärung erfolgen und Strukturen geschaffen werden, die möglichst sicherstellen, dass derartige Vorfälle verhindert werden.

Es wurde eine Hotline eingerichtet, die auch genutzt wird. START gGmbH ist beratend tätig geworden. Auch das Jugendamt ist in den Prozess mit eingestiegen.

Herr Schweers ergänzt, dass für drei Monate eine Interimslösung für die Internatsleitung gefunden werden konnte. Das Jugendamt stellt Beratungs- und therapeutische Maßnahmen bereit. Angestrebt wird, ein Gremium zu bilden, das die Aufbereitung vornimmt und das Gesamtsystem betrachtet.





## Niederschrift 30. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 27.10.2011
<b>Sitzungsbeginn:</b>	16:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:45 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

---

### **Ausschussvorsitzender**

Frau Dr. Sigrid Müller

DIE LINKE

Sitzungsleitung

### **Ausschussmitglieder**

Frau Birgit Morgenroth

SPD

anwesend ab 16:34 Uhr

Herr Claus Wartenberg

SPD

anwesend ab 17:18 Uhr

Herr Hans-Wilhelm Dünn

CDU

anwesend bis 17:45 Uhr

Herr Kevin Lücke

FDP

Frau Frauke Frehse-Sevran

anerkannter freier Träger

Frau Heiderose Gerber

anerkannter freier Träger

Herr Dirk Harder

anerkannter freier Träger

anwesend von 16:37 Uhr bis ca.  
19:15 Uhr

Herr Dr. Lutz Henrich

anerkannter freier Träger

Herr Marcel Kankarowitsch

anerkannter freier Träger

Teilnahme bis 19:00 Uhr

Herr Thomas Liebe

anerkannter freier Träger

### **stellv. Ausschussmitglieder**

Herr Stefan Wollenberg

DIE LINKE

anwesend ab 17:37 Uhr

Frau Birgit Eifler

Bündnis 90/Die Grünen

### **beratende Mitglieder**

Herr Christoph Dähnrich

Kath. Kirche

Frau Angelika Groß

Gesundheitsamt

Herr Frank Lehmann

Schulamt

Herr Jochen Reinke

Evang. Kirche

Herr Roland Sima

Kreiselterrat

Herr Norbert Schweers

FBL Kinder, Jugend  
und Familie

### **Beigeordnete**

Frau Elona Müller-Preinesberger

Beigeordnete Soziales,  
Jugend, Gesundheit

### **Nicht anwesend sind:**

#### **Ausschussmitglieder**

Herr Jens Gruschka

DIE LINKE

entschuldigt

Frau Jana Schulze

DIE LINKE

entschuldigt

Herr Frank Otto

Bündnis 90/Die Grünen

entschuldigt

Frau Jutta Busch

BürgerBündnis

entschuldigt

### **beratende Mitglieder**

Frau Renate Michael	Polizeibehörde	entschuldigt
Herr Steffen Müller	Stadtsporthund	entschuldigt
Frau Christiane Ohlert	Schulamt	entschuldigt
Frau Ganna Razu	Jüd. Gemeinde	entschuldigt
Frau Martina Trauth-Koschnik		entschuldigt
Herr Michael Aßmann	Migrantenbeirat	entschuldigt
Herr David Driese	Humanistischer Verband Deutschlands	entschuldigt

### **Gäste**

Frau Martina Spyra	Schriftführerin
--------------------	-----------------

### **Tagesordnung:**

#### **Nichtöffentlicher Teil**

7 Informationen der Verwaltung

### **Protokoll:**

#### **Nichtöffentlicher Teil**

##### **zu 7 Informationen der Verwaltung**

Frau Müller-Preinesberger teilt mit, dass Herr Klemund als Geschäftsführer der Luftschiffhafen GmbH mit der Bitte um Hilfe in Bezug auf Kinderschutzfälle am Internat der Sportschule an die Verwaltung herangetreten ist.

Hier muss jetzt eine Aufklärung erfolgen und Strukturen geschaffen werden, die möglichst sicherstellen, dass derartige Vorfälle verhindert werden.

Es wurde eine Hotline eingerichtet, die auch genutzt wird. START gGmbH ist beratend tätig geworden. Auch das Jugendamt ist in den Prozess mit eingestiegen.

Herr Schweers ergänzt, dass für drei Monate eine Interimslösung für die Internatsleitung gefunden werden konnte. Das Jugendamt stellt Beratungs- und therapeutische Maßnahmen bereit. Angestrebt wird, ein Gremium zu bilden, das die Aufbereitung vornimmt und das Gesamtsystem betrachtet.

**Dr. Sigrid Müller**  
**Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra**  
**Schriftführerin**

**Landeshauptstadt Potsdam  
Stadtverordnetenversammlung**

**Anwesenheitsliste**

Gremium <b>Jugendhilfeausschuss</b>	Sitzungstag <b>27.10.2011</b>	Sitzungs-Nr. <b>30.</b>	Sitzungsdauer: von - bis <b>16:30            Uhr</b>
--	----------------------------------	----------------------------	---

Sitzungsleitung:	Frau Dr. Sigrid Müller
------------------	------------------------

Name, Vorname	Fraktion	anwesend: von - bis	Unterschrift
---------------	----------	------------------------	--------------

**Ausschussvorsitzender**

Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE		
------------------------	-----------	--	--

**Ausschussmitglieder**

Herr Jens Gruschka	DIE LINKE		
Frau Jana Schulze	DIE LINKE		
Frau Birgit Morgenroth	SPD		
Herr Claus Wartenberg	SPD		
Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU/ANW		
Frau Frauke Frehse-Sevran	anerkannter freier Träger		
Frau Heiderose Gerber	anerkannter freier Träger		
Herr Dirk Harder	anerkannter freier Träger		
Herr Dr. Lutz Henrich	anerkannter freier Träger		
Herr Marcel Kankarowitsch	anerkannter freier Träger		
Herr Thomas Liebe	anerkannter freier Träger		

Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen		
-----------------	-----------------------	--	--

#### **stellv. Ausschussmitglieder**

Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE		
Frau Heike Judacz	SPD		
Frau Hannelore Knoblich	SPD		
Frau Marianne Köhler	FDP		
Frau Helga Hübner	anerkannter freier Träger		
Frau Christine Krüger	CDU/ANW		
Herr Lutz Küken	anerkannter freier Träger		
Herr Thomas Lettow	anerkannter freier Träger		
Herr Rüdiger Schmolke	anerkannter freier Träger		
Herr Bodo Ströber	anerkannter freier Träger		
Herr Christian Traeger	anerkannter freier Träger		

#### **Fraktion Die LINKE**

Herr Moritz Kirchner	DIE LINKE		
----------------------	-----------	--	--

#### **beratende Mitglieder**

Herr Christoph Dähnrich	Kath. Kirche		
Frau Karola Linke	Gesundheitsamt		
Herr Torsten Messerschmidt	Kreiselternrat		
Frau Renate Michael	Polizeibehörde		
Herr Jochen Reinke	Evang. Kirche		
Herr Steffen Müller	Stadtspportbund		
Frau Christiane Ohlert	Schulamt		
Frau Ganna Razu	Jüd. Gemeinde		

Herr Norbert Schweers			
-----------------------	--	--	--

**Beigeordnete**

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Soziales, Jugend, Gesundheit		
---------------------------------	---	--	--

Frau Martina Trauth-Koschnik			
Herr Maximilian Dalichow	DIE LINKE		
Frau Birgit Eifler	Grüne/B90		
Herr Kevin Lücke	FDP		
Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis		
Frau Jutta Busch	BürgerBündnis		
Herr Michael Aßmann	Migrantenbeirat		
HVD Potsdam Driese, David	Humanistischer Verband Deutschlands		